

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 13.05.2020
Beginn: 19:10 Uhr
Ende: 20:50 Uhr
Ort, Raum: Schelmenbuschhalle, Am Schelmenbusch, Karlsbad-Langensteinbach

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jens Timm

FDP / Liberale Liste Karlsbad

Herr Björn Kornmüller

Freie Wähler

Frau Heike Christmann

Herr Jürgen Herrmann

Herr Otto Höger

Herr Joachim Karcher

Herr Hans-Gerhard Kleiner

Frau Heidi Ochs

Herr Karl-Heinz Ried

Herr Michael Wenz

CDU

Herr Günter Denninger

Herr Jürgen Dummmler

Herr Peter Kiesinger

Herr Nicki Konstandin

ab 18:50 Uhr

Herr Roland Rädle

Herr Norbert Ried

ab 19:40 Uhr

SPD

Herr Reinhard Haas

Herr Michael Nowotny

Frau Cornelia Nürnberg

Herr Klaus Steigerwald

Herr Jens Walch

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heike Günther

Herr Thomas Guthmann

Herr Andreas Hartmann

Frau Sabine Kronenwett

Frau Simone Rausch

Herr Uwe Rohrer

Protokollführer

Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung

Frau Petra Goldschmidt
Herr Benedikt Kleiner
Herr Ronald Knackfuß
Herr Dr. Klaus Rösch

Sachverständige

Herr Bert Flegel
Frau Stadtplanerin Jessica Jakubik
Herr Thomas Pfeifle

Abwesend:

Freie Wähler

Herr Alexander Bodemer

CDU

Herr Steffen Langendörfer

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Susanna Vollmer

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Beratung und Beschlussfassung über den Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften "Speicherstraße I" in Karlsbad-Langensteinbach**
 1. Abwägung und Entscheidung über die eingegangenen Stellungnahmen
 2. Fassen des Satzungsbeschlusses**Vorlage: 60/0928/2020**
- 4 **Beratung und Beschlussfassung über den 1. Nachtrags Haushaltsplan 2020 der Gemeinde Karlsbad**
Vorlage: 20/0907/2020
- 5 **Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe zur Beschaffung stationärer Geschwindigkeitsmessgeräte**
Vorlage: 10/0927/2020
- 6 **Beratung und Beschlussfassung über den Verzicht zur Erhebung der Elternbeiträge für den Monat April 2020 (Corona- Lage) Vorlage: 10/0922/2020**

- 7 **Beratung und Beschlussfassung über die Festsetzung von Gebühren und Elternbeiträgen für die Notfallbetreuung in Kindergärten/Schulkindbetreuung**
Vorlage: 10/0923/2020
- 8 **Beratung und Beschlussfassung über den Erlass der Gebühren für die Schulkindbetreuung Gemeinde Karlsbad April 2020**
Vorlage: 10/0924/2020
- 9 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Hauptstraße 18**
Bauantrag: Neubau eines Wohnhauses mit Garage und drei Reihenhäuser
Grundstück: Hauptstraße 18, 20, Langensteinbach, Flst.Nr. 48, 48/3, 48/4, 48/2
Vorlage: 60/0911/2020
- 10 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Hauptstraße 20**
Bauantrag: Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Garage
Grundstück: Hauptstraße 20, Langensteinbach, Flst. Nr. 48/2
Vorlage: 60/0918/2020
- 11 **Information und Kaufpreisfestlegung zum Ankauf von Grundstücken im zukünftigen Baugebiet "Holderäcker II" in Karlsbad-Spielberg**
Vorlage: 20/0903/2020
- 12 **Beratung und Beschlussfassung der Spendenannahme im 1. Quartal 2020**
Vorlage: 20/0926/2020
- 13 **Genehmigung von Protokollen**
- 14 **Verschiedenes**
- 15 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 05.05.2020 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 26 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 07.05.2020 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Herrmann Jürgen, Rädle Roland , Haas Reinhard, Rohrer Uwe

zu 1 **Bekanntgaben**

Der Vorsitzende informiert das Gremium über vier Eilentscheidungen:

Ein Kredit über 1.562.000 Euro sei nach Ablauf der Zinsbindung zurückgezahlt worden. Man habe diesen auch im Hinblick auf die Negativzinsen, die die Gemeinde für ihre liquiden Mittel bezahlen müsse, getilgt.

Zu einem Baugesuch über ein Bestandsgebäude in Karlsbad-Ittersbach habe er das Einvernehmen erteilt, um Fristen einhalten zu können. Dieses sei in ähnlicher Form schon vom Bau- Planungs- und Umweltausschuss beraten worden.

Für offene Rechnungen zum Breitbandausbau in Höhe von 90.000 € habe er einer überplanmäßigen Mittelbereitstellung zugestimmt. Diese Summe werde aus dem Haushalt 2020 abgedeckt.

Beim Besetzungsverfahren IUK-Stelle habe Martin Bonavia zugesagt, die Stelle zum 1.7.2020 anzunehmen.

zu 2 **Fragen der Gemeinderäte**

2.1. Förderprogramm für Baumschnitt bei Streuobstbäumen

GR Andreas Hartmann (Bündnis 90/Grüne) sagt, dass er aus der Presse erfahren habe, dass es ein Förderprogramm des Landes für Baumschnitte an Streuobstbäumen gebe. Die Förderung betrage 30 Euro bei 2 Schnitten auf 5 Jahre. Man können einen Sammelantrag bis Mitte Juli 2020 stellen. Der Vorsitzende sagt, dass man dies prüfen und dem Gremium eine Rückmeldung geben werde.

zu 3 **Beratung und Beschlussfassung über den Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften "Speicherstraße I" in Karlsbad-Langensteinbach**

1. Abwägung und Entscheidung über die eingegangenen Stellungnahmen

2. Fassen des Satzungsbeschlusses

Vorlage: 60/0928/2020

Joachim Guthmann von der Bauverwaltung informiert nochmals über die bisherigen Schritte des vor zweieinhalb Jahren eingeleiteten Bebauungsplanverfahrens. Man befinde sich mittlerweile in der dritten Bürgerbeteiligungsrunde. Der Vorsitzende meint, dass in den Beteiligungsverfahren die zahlreichen unterschiedlichen Interessen eingeflossen seien und größtenteils auch eingearbeitet werden konnten. Insgesamt sei ein tragfähiger Bebauungsplan entstanden. Jessica Jakubik vom beauftragten Planungsbüro Schöffler erläutert die Stellungnahmen dem Gremium ausführlich.

GR Günther Denninger (CDU) hat eine Rückfrage zur Größe einer Grundstückszufahrt. Sie wird seitens der Verwaltung geklärt.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle:

- a) sich die Abwägungsvorschläge (Synopsen 1-3) zu eigen machen und diese beschließen.
- b) den Bebauungsplan und den örtl. Bauvorschriften „Speicherstraße I“ als Satzung beschließen.

einstimmig beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 4 Beratung und Beschlussfassung über den 1. Nachtragshaushaltsplan 2020 der Gemeinde Karlsbad Vorlage: 20/0907/2020

Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt informiert den Gemeinderat über die wichtigsten Fakten vom Nachtragshaushalt zum Doppelhaushalt 2019/2020.

Positionen für Nachtrag 2020:

Der Mehrbedarf von insgesamt 6.954.040 € setzt sich wie folgt zusammen: ÖPNV-Direktbeteiligung: 700.000 € statt 675.000 €, ungeplante Kosten für Serverlizenzen: 18.000 €, EnBW vernetzt - Beteiligung an der Netze BW 5.357.700 €, vorzeitige Kreditablösung L-Bank 2,97 Mio. € 1.562.040 €, daraus resultierende Zinsersparnis 31.000 €, ungeplante Dachabdichtung Jahnhalle Flachdachanbau 240.000 €, Feldwege im Rahmen Ausbau L623: höherer Bedarf von 240.000 € statt 40.000 € wegen größerem Umfang als erwartet, Mehrkosten Sanierung Straße "Zum Wiesengrund" (1,5 Mio. € statt 1,38 Mio. €), höhere Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft (5,96 Mio. €, statt 5,76 Mio €), Einsparung Kreisumlage 200.000 € (keine Erhöhung der Kreisumlage wie im Gemeindehaushalt geplant) und pädagogische Leitungszeit - ungeplanter Mehraufwand von 189.000 € wegen neuer Gesetzgebung.

Erläuterungen

Prägnant für den Nachtragshaushalt seien, so Goldschmidt, die neu hinzukommenden Investitionen wie Erwerb Beteiligung EnBW mit rund 5,4 Mio. € und die außerplanmäßige Kredittilgung in Höhe von 1,56 Mio. €. Bei den Erträgen habe sich die Schlüsselzuweisung nach mangelnder Investitionskraft um 200.000 € erhöht, weil sich diese auf Grund von höheren Kopfbeträgen positiv entwickelt habe. Neu war die Einführung einer pädagogischen Leitungszeit im Rahmen des FAG-Ausgleichs. Bei den Aufwendungen war bei der Kreisumlage für 2019/2020 noch mit einer Erhöhung auf 31 Prozent gerechnet worden. Da diese jedoch 2020 konstant bleibt, werden 200.000 € frei. Der Feldwegeunterhalt muss auf Grund von begleitenden Maßnahmen zum Ausbau der L623 erhöht werden. Die Gemeinde möchte in Absprache mit dem Regierungspräsidium weitere Feldwege in der Maßnahmenbündelung kosteneffizient ertüchtigen. Im Bereich „Steinig Höfe“ sei, so informiert Ortsbaumeister Ronald Knackfuß, das Regierungspräsidium derzeit dabei, östlich des Autobahnzubringers L623 die Landwirtschafts- und Fahrradwege zu erneuern. Die Gemeinde könne sich jetzt in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium zu attraktiven Baupreisen beteiligen. Auf der Westseite des Autobahnzubringers könnten marode Landwirtschafts- und Fahrradwege auf einer Länge von rund zwei Kilometern günstig saniert werden. Weiter zeige sich, so Gold-

schmidt, die Zinsersparnis aus dem frühzeitig abgelösten Kredit. Diese beträgt zukünftig 50.000 € p.a. bzw. jahresanteilig 31.000 €. Leider ergebe sich jedoch auch wieder eine höhere Mittelanforderung in der ÖPNV-Direktbeteiligung. So müsse der Ansatz von 675.000 € auf 700.000 € erhöhen werden.

Rechtlicher Hintergrund – in Karlsbad erhebliche höhere Auszahlung und Investitionen

Der Erlass der Nachtragssatzung wird unter anderem erforderlich, wenn im Ergebnishaushalt beim ordentlichen Ergebnis oder beim Sonderergebnis ein erheblicher Fehlbetrag entsteht oder ein veranschlagter Fehlbetrag sich erheblich vergrößert und dies sich nicht durch andere Maßnahmen vermeiden lässt. Ein Nachtragshaushalt muss auch aufgestellt werden, wenn bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche einzelne Aufwendungen oder Auszahlungen in einem im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen oder Gesamtauszahlungen des Haushaltsplans erheblichen Umfang geleistet werden müssen. Ein weiterer Auslöser für einen Nachtragshaushalt ist, wenn Auszahlungen des Finanzhaushalts für bisher nicht veranschlagte Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen geleistet werden sollen. Die Erheblichkeitsgrenze betrage, so Goldschmidt, 2-3 Prozent des jeweiligen Gesamtvolumens. Ein Fehlbetrag beim Ergebnishaushalt entstehe nicht, das Ergebnis verbessere sich sogar um 155.000,00 €. Erheblich werde es bei den zusätzlichen Auszahlungen sowie neu bzw. höher veranschlagten Investitionen. Im Nachtragshaushaltsplan müssten einige Ansätze im Aufwandsbereich erhöht werden, jedoch verbessere sich der Bereich Steuern und Gebühren deutlich.

Finanzhaushalt

Die offensichtlich größte Veränderung stelle die Beteiligung an der Netze BW dar. Diese Geldanlage sei in der Zeit der Niederzinspolitik mit 3,6 % pro Jahr höchst attraktiv. 2011 wurden 5 Darlehen bei der L-Bank in Höhe von insgesamt 2,97 Mio. € aufgenommen. Der Zinssatz betrug 3,165%. Die 10-jährige Zinsbindung lief nun aus, so dass die Gemeinde Karlsbad ohne Abstandsanzahlung aus dem Kreditvertrag ausscheiden könne. Hierzu seien 1,56 Mio. € am 15. Mai 2020 zur Zahlung fällig. Alternativ könnte der Kredit um weitere 10 Jahre zu einem Zinssatz von 0,1% verlängert werden. Da aktuell jedoch Negativzinsen (0,5%) auf den gemeindlichen Konten für die Geldaufbewahrung bezahlt werden müssen, sei die Rückzahlung attraktiver. Die Liquidität betrage derzeit ca. 19 Mio. €.

Finanzplanung

Die Finanzplanung wurde nicht überarbeitet. Die Anpassung erfolgt mit der nächsten Haushaltsplanung 2021/2022, welche bereits jetzt anlaufe.

Kreditaufnahme

Eine Kreditaufnahme sei trotz gestiegenem Finanzbedarf vermeidbar. Dies sei vor allem darauf zurückzuführen, dass sich die Liquiditätssituation derzeit deutlich besser als geplant darstellt. Dies resultiert aus höheren Gewerbesteuererträgen in 2019 und 2020, sowie Nichtabruf von veranschlagten Mitteln. Eine Vermeidung der Kreditaufnahme sollte für zukünftige Handlungsspielräume auch weiterhin oberstes Ziel sein. Aus der dargestellten frühzeitigen Kreditablösung resultiere, dass die geplante Verschuldung je Einwohner zum 01.01.2021 von 369 €/EW auf 271 €/EW verringert werden könne.

Rücklagenstand

Die Zuführung der Rücklage erhöht sich um 155.000 € auf dann insgesamt 1.209.749 €. Die ordentliche Ergebnissrücklage werde sich folglich von 18,1 Mio. € auf 19,3 Mio. € erhöhen.

Kassenkredite / Realsteuerhebesätze

Es werde weiterhin kein Kassenkredit benötigt. In der Satzung bleibe die Möglichkeit, einen Kredit über 2 Mio. € aufnehmen zu können, enthalten. Die Realsteuerhebesätze Grund- und Gewerbesteuer ändern sich gegenüber dem Haushaltsplan 2019/2020 nicht.

Corona-Krise

Die wegfallenden Erträge bzw. entstehenden Aufwendungen durch die Corona-Krise fließen nicht in diesen Nachtrag ein. Aus der Soforthilfe für Kommunen erhalte die Gemeinde Karlsbad eine Zuweisung in Höhe von 104.000,-- €. Sollten die Abweichungen zum 1. Nachtrag 2020 erheblich werden, würde ein 2. Nachtragshaushaltsplan erstellt werden.

Zusammenfassung

Das Jahr 2020 sei, so Goldschmidt weiter, geprägt durch die nachhaltige Geldanlage in Beteiligungen bei der Netze BW und einer höheren vorzeitigen Kreditablösung. Beide Maßnahmen dienten dazu, die Gemeinde Karlsbad langfristig auf finanzielle stabile Beine zu stellen. Die weiteren Veränderungen seien überwiegend ungeplante Maßnahmen wie Flachdach Jahnhalles oder weitere Feldwegesanierung an der L623. Der weitere Verlauf und die Realisierung der anstehenden Investitionen müsse dann unter den Vorzeichen des gegebenen Verfügungsrahmen an finanzielle Ressourcen in den Haushalten 2021/2022 und den Auswirkungen aufgrund der Corona-Pandemie ausbalanciert und neu in den bestehenden Finanzrahmen eingearbeitet werden. Hierbei seien zwingend die entstehenden Folgekosten und die bis dahin bestehende allgemeine Wirtschaftslage mit zu bewerten und entsprechend zu berücksichtigen.

Das Zahlenwerk im Spiegel des Gremiums

Überwiegend positiv ist das Echo auf die Zahlen bei den Gemeinderäten. GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) äußert sich zustimmend und hatte lediglich eine Rückfrage zu den Serverlizenzen die von Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner beantwortet wird. Für GR Roland Rädle (CDU) stellen sich keine wesentlichen Fragen. Er erkennt keine Risiken, die Finanzlage sei nach wie vor gut. Man müsse schauen, wie sich diese 2021 und 2022 entwickle. Von einem „guten Zeitpunkt für einen Überblick“ spricht GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne). GR Reinhard Haas (SPD) hebt die gute Situation von Karlsbad im Vergleich zu anderen Gemeinden hervor.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt die 1. Nachtragssatzung mit Nachtragshaushaltsplan 2020 der Gemeinde Karlsbad (gemäß Anlage) mit einem Mehrbedarf von 6.945.040,00 €.

einstimmig beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 5 Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe zur Beschaffung stationärer Geschwindigkeitsmessgeräte
Vorlage: 10/0927/2020**

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag gemäß Vorlag und erläutert unter anderem, dass das Konkurrenzangebot zu der empfohlenen Vergabefirma VidiCon von Jenoptik/Robot aus wirtschaftlichen Gründen ausschied. Neben dem höheren Angebotspreis von rund 152.670 Euro waren auch andere Faktoren nachteilig. Begonnen wird mit den beiden Messstellen Ittersbach Pfinztalstraße (Richtung Feldrennach) und Mutschelbach, Waldenserstraße (Richtung Langensteinbach). Zum Einsatz kommt eine komplett neue Mess-technik. „Der Ersatz der Anlagen ist schon länger Thema und das Alter der bestehenden Anlagen ist kritisch“, so der Vorsitzende. Wenn die Anlagen erfolgreich erstellt sind, wolle die Verwaltung – so Kleiner – weitere Messanlagen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel im Jahr 2020 ausschreiben. Das betreffe die Standorte Auerbach - Hailerstraße aus Richtung Langensteinbach (beim Gasthaus Hirsch), Spielberg - Enzstraße aus Richtung Langensteinbach (bei der Grundschule) und Langensteinbach - Spielberger Straße aus Richtung Ittersbach (beim Freibad). Für diese Standorte soll neben den Säulen noch ein Messeinschub mit ausgeschrieben werden. Geplant sei in diesem Jahr auch, neue Geschwindigkeitsanzeigetafeln ersatzweise zu beschaffen. Allerdings hätten die weiteren Messanlagen und der Messeinschub, die mit den vorhandenen Mitteln finanziert werden sollen, Vorrang. Der Gemeinderat habe, so Kleiner, schon in einer früheren Sitzung grundsätzlich beschlossen, die vorhandenen stationären Geschwindigkeitsmessanlagen, die zum Teil nicht mehr funktionstüchtig sind, durch neue stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen zu ersetzen. Der Ersatz der Messanlagen soll sukzessive erfolgen. Die Ausschreibung erfolgte herstellernerneutral und vier Firmen haben Ausschreibungsunterlagen angefordert. Letztlich erhielt die Gemeinde zwei konkrete Angebote die beide die Anforderungen erfüllen. Die jetzt beauftragte Firma. VidiCon hat zugesagt, die Messanlagen in einem Zeitraum von 4 – 6 Wochen ab Auftragserteilung zu erstellen. Zu den Kosten für die Anlagen kommen Tiefbaukosten für die Stromverlegung an der Messstelle Mutschelbach, Waldenserstraße aus Richtung Langensteinbach hinzu. Abgewickelt werden diese auf Basis von Rahmenvertragspreise der Gemeinde. GR Andreas Hartmann (Bündnis 90/Grüne) fragt, ob nicht gleich fünf Anlagen auf einmal ausgeschrieben werden könnten. Möglicherweise könnten sich daraus Einsparungen ergeben. Der Vorsitzende sagt, dass man nicht mit großen Einsparungen rechne und zudem in diesem Falle nachfinanziert werden müsse. Daher solle zuerst die Hälfte der Anlagen ersetzt werden. GR Joachim Karcher (Freie Wähler) regt an, dass wieder mal Auswertungen der Messungen der Geschwindigkeitsmesstafeln für die Ortsvorsteher gemacht werden.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Damen und Herren des Gemeinderats werden gebeten,

- a) die Auftragsvergabe zur Lieferung von zwei Messgeräten und Montage der zwei Messsäulen zur stationären Geschwindigkeitsmessung an den wirtschaftlichsten Bieter aus der öffentlichen Ausschreibung, die Fa. VidiCon zum Gesamtpreis von 131.138,00 EUR zu beschließen,
- b) die Verwaltung zu ermächtigen, die notwendigen Tiefbauarbeiten für die Verlegung des Stromanschlusses in Karlsbad, Waldenserstraße, Ortseinfahrt aus Richtung Langensteinbach, an den neuen Standort der Messanlage, zu beauftragen,
- c) die Ausschreibung weiterer Messanlagen gemäß Vorlage im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nach Inbetriebnahme der jetzt vergebenen Messanlagen für das HHJ 2020 zu beschließen.

a.) und b.) mehrheitlich beschlossen Ja 26 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0
c.) mehrheitlich beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 6 Beratung und Beschlussfassung über den Verzicht zur Erhebung der Elternbeiträge für den Monat April 2020 (Corona- Lage)
Vorlage: 10/0922/2020

Der Vorsitzende und Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner informieren den Gemeinderat über die Thematik. Seit Inkrafttreten der Corona-Verordnung des Landes sehen sich Kommunen, kirchliche und sonstige freie Träger der Frage gegenüber, wie mit der Erhebung von Elternbeiträgen bzw. Kindergartengebühren zu verfahren sei. Gemeindetag, Städtetag und die 4-Kirchen-Konferenz hätten sich deshalb miteinander abgestimmt. Der Gemeindetag Baden-Württemberg und der Städtetag Baden-Württemberg empfehlen ihren Mitgliedern unter anderem, den Einzug der Elternbeiträge und Kindergartengebühren für den Monat April auszusetzen. Ministerpräsident Kretschmann habe in der Regierungspressekonferenz bereits angedeutet, dass es zu Kostenteilungen zwischen Bund, Land und Kommunen kommen soll. Die Erstattungsforderung der Eltern aufgrund der nicht erbrachten Betreuungsleistung sei grundsätzlich zutreffend, jedoch sei gleichzeitig klar, dass die Situation nicht auf ein Verschulden der Kita-Träger zurückgehe sondern eine Folge der Corona-Pandemie sei. Die Verwaltung habe den Trägern bereits aus den genannten und anderen Gründen die Aussetzung der Elternbeiträge für den April 2020 empfohlen. Diese hätten den Einzug/ die Erhebung ausgesetzt. Es bleibe zu erwarten, ob auch für den Monat Mai entsprechende Erhebungen ausgesetzt werden, die Höhe bewegt sich in ähnlichen Aufwandsbereichen. Pro Monat entstünden Einnahmeausfälle von ca. 100.000 €. Da unabhängig die Betriebskosten weiter aufliefen, stehen Verwaltung bzw. Kommunen in Baden- Württemberg allgemein mit den Trägern, dem Kommunalen Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften im Austausch, um Kurzarbeit anmelden zu lassen und den Aufwand im Bereich der Personalkosten zu reduzieren. Allerdings gestalte sich dies aufgrund der Formulierung des ergänzenden Tarifvertrages TV-Corona schwierig, da genau diese Einrichtungen für Kurzarbeit nicht in Fragen kommen bzw. der Tarifvertrag für diese Einrichtungen nicht anwendbar sei. Die Verwaltung sehe hier aber die Möglichkeit, gegebenenfalls, unter Gewährung von Aufstockungsleistungen (bis auf 95 %), den Aufwand für die Schließungszeit massiv zu reduzieren. Die Gemeinde Karlsbad habe 104 000 Euro vom Land Baden- Württemberg erhalten, dies jedoch zur Deckung aller Einnahmeausfälle und durch die Corona-Lage bedingten Aufwendungen diene.

Diskussion im Gemeinderat

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) sagt, dass das Vorgehen vollkommen in Ordnung sei, er jedoch nicht an einen Ausgleich durch das Land glaube. GR Reinhard Haas (SPD) meint, dass die Eltern und Kinder durch die Situation schwer betroffen und die Fraktion der Meinung sei, dass die Eltern solange kein Geld zahlen sollten, solange es keine Betreuung gebe. Auf Nachfrage von GR Andreas Hartmann (Bündnis 90/Grüne) informiert Kleiner, dass ab 18. Mai wieder bis zu 50 Prozent der üblicherweise betreuten Kinder in die Einrichtungen dürften. Dies betreffe vorrangig die Kinder in der Notbetreuung und dann könnten weitere Kinder hinzukommen. Er betont, dass die Regelungen der Gemeinde extrem kurzfristig übermittelt worden seien. Sie seien zudem sehr umfangreich und auch nicht gleich umsetzbar. Man benötige Zeit, um die Zahlen hochfahren zu können.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge den Verzicht auf Erhebung der Elternbeiträge für den Monat April 2020 bestätigen

einstimmig beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 7 Beratung und Beschlussfassung über die Festsetzung von Gebühren und Elternbeiträgen für die Notfallbetreuung in Kindergärten / Schulkindbetreuung
Vorlage: 10/0923/2020

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag anhand der Vorlage.

Mit Blick auf die Erweiterung der Notbetreuungsmaßnahmen und der Tatsache, dass die Notbetreuung in Kindertageseinrichtungen mindestens noch bis zum 15.6.2020 anzubieten sei, stelle sich, die Frage nach der Entgelterhebung für diese Angebote. Die Angebote der Notbetreuung entsprächen grundsätzlich den regulären Betreuungsangeboten einer Einrichtung und seien deshalb nach den entsprechenden Entgeltordnungen bzw. Gebührenordnungen entgelt- bzw. gebührenpflichtig. Dies gelte für die schulische Notbetreuung als auch für die Notbetreuung in Kindertageseinrichtungen. Der Gemeindetag habe empfohlen, die Entgelt- und Gebührenregelungen auf eventuelle Anpassungen zu überprüfen, die kirchlichen Träger haben die Rechtslage ebenso beurteilt. Im Zuge der Notbetreuung an Kindertageseinrichtungen würden die regulären Angebotsformen derzeit nur bedingt genutzt, um sowohl Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern mehr Flexibilität bei der Präsenzpflcht am Arbeitsplatz zu bieten. Auf der Basis der Angebotsformen wurde für die Notbetreuung ein Stundensatz sowohl für U3 und Ü3 errechnet, der die tatsächliche Nutzung und Dauer abbilden könne. Dieser sei aber nur für die Notbetreuung gedacht.

GR Günther Denninger (CDU) spricht sich gegen eine Gebührenerhebung aus, diese wäre unsolidarisch. GR Björn Kornmüller (FDP) meint hingegen, dass es die Definition der systemrelevanten Bereiche für die Notfallbetreuung selbst strittig sei, zum Beispiel zählten auch Banken und Versicherungen dazu.

Gebühren Kernzeitbetreuung/Schulkindbetreuung an Grundschulen

Hier zeige sich – so Kleiner - trotz gestiegener Nachfrage das gleiche Nutzerbild wie bei der Notbetreuung in den Kindergärten. Die Nutzer bräuchten das Angebot zu unterschiedlichen Zeiten und Tagen und ebenfalls in stark reduziertem Umfang. In den Kernzeitbetreuungen in Karlsbad seien Ende April insgesamt 18 Kinder in der Notbetreuung. Die Kernzeitbetreuung Mutschelbach sei geschlossen (keine Nachfrage bzw. Anforderungen nicht erfüllt). Ein Mittagessen werde infolge der Hygienevorgaben und Abnahmemenge nicht angeboten. Basierend auf den Durchschnittsstundensätzen der Kernzeitbetreuungsgebühren werde für die Kernzeitbetreuung ebenfalls eine Spitzabrechnung nach Anwesenheit abgerechnet.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge

1.Die Elternbeiträge für die Notbetreuung im U3/Ü3 Bereich beschließen

2. die Gebühren für die Schulkindbetreuung/Kernzeitbetreuung an den Grundschulen als zusätzliche Anlage zur Satzung der Schulkindbetreuung (Ergänzung Gebührenordnung) in der Gemeinde Karlsbad beschließen

mehrheitlich beschlossen Ja 24 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0

**zu 8 Beratung und Beschlussfassung über den Erlass der Gebühren für die Schulkindbetreuung Gemeinde Karlsbad April 2020
Vorlage: 10/0924/2020**

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag anhand der Vorlage.
Hier zeige sich trotz gestiegener Nachfrage das gleiche Nutzerbild wie bei der Notbetreuung in den Kindergärten. Die Nutzer bräuchten das Angebot zu unterschiedlichen Zeiten und Tagen und ebenfalls in stark reduziertem Umfang. In den Kernzeitbetreuungen in Karlsbad seien Ende April insgesamt 18 Kinder in der Notbetreuung. Die Kernzeitbetreuung Mutschelbach sei geschlossen (keine Nachfrage bzw. Anforderungen nicht erfüllt). Ein Mittagessen werde infolge der Hygienevorgaben und Abnahmemenge nicht angeboten. Basierend auf den Durchschnittsstundensätzen der Kernzeitbetreuungsgebühren werde für die Kernzeitbetreuung ebenfalls eine Spitzabrechnung nach Anwesenheit abgerechnet.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge den Erlass der Gebühren für die Schulkindbetreuung für den Monat April 2020 beschließen.

mehrheitlich beschlossen Ja 25 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

**zu 9 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Hauptstraße 18
Bauantrag: Neubau eines Wohnhauses mit Garage und drei Reihenhäuser
Grundstück: Hauptstraße 18, 20, Langensteinbach, Flst.Nr. 48, 48/3, 48/4, 48/2
Vorlage: 60/0911/2020**

Der Vorsitzende schlägt vor, den Sachvortrag zu Top 9 und Top 10 zusammenzufassen. Der Gemeinderat ist einverstanden.

Joachim Guthmann hält Sachvortrag laut Vorlage und erläutert auch die Behandlung im Bau-Planungs- und Umweltausschuss. Nachfragen werden keine gestellt.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat spricht das Gemeindееinvernehmen zu dem geplanten Bauvorhaben auf Empfehlung des Bau- Planungs- und Umweltausschusses aus.

mehrheitlich beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

- zu 10 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Hauptstraße 20**
Bauantrag: Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Garage
Grundstück: Hauptstraße 20, Langensteinbach, Flst. Nr. 48/2
Vorlage: 60/0918/2020

Der Sachvortrag erfolgte beim vorherigen Top. Es gibt keine Rückfragen.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat spricht das Gemeindecinvernehmen zu dem geplanten Bauvorhaben auf Empfehlung des Bau- Planungs- und Umweltausschusses aus.

mehrheitlich beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

- zu 11 Information und Kaufpreisfestlegung zum Ankauf von Grundstücken im**
zukünftigen Baugebiet "Holderäcker II" in Karlsbad-Spielberg
Vorlage: 20/0903/2020

GR Reinhard Haas (SPD) erklärt sich für befangen und verlässt den Sitzungsraum. Der Vorsitzende erläutert die Hintergründe zum Thema anhand der Vorlage. Er sagt u.a., dass der beauftragte Erschließungsträger, die Firma KiB Kommunalentwicklung und integrierte Baulanderschließung, entsprechende Vereinbarungen zur Erschließung mit den Grundstückseigentümern der Einwurfgrundstücke abschließen soll. Mit denjenigen Grundstückseigentümern, die zu einem Vertragsabschluss mit KiB nicht bereit seien, soll seitens der Gemeinde verhandelt werden, um die Grundstücke erwerben zu können. Damit fördere man das Umsetzen des Baugebietes.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt, die Verwaltung zum Ankauf von Grundflächen für die Baulandumlegung „Holderäcker II“ zum Bauerwartungsland-Preis von 40 €/m² im Bereich des Abgrenzungsplans, mit der Option zur Nachzahlung der Differenz zum Preis des Einwurfswertes, zu ermächtigen.

einstimmig beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

- zu 12 Beratung und Beschlussfassung der Spendenannahme im 1. Quartal 2020**
Vorlage: 20/0926/2020

GR Reinhard Haas nimmt wieder im Sitzungskreis Platz. Der Vorsitzende hält Sachvortrag und bedankt sich bei den Spenderinnen und Spendern für deren Bereitschaft.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt Geldspenden in Höhe von 4.499,50 € sowie Sachspenden in Höhe von 84,00 €.anzunehmen.

einstimmig beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 13 Genehmigung von Protokollen

Das Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 29. Januar 2020 wird einstimmig genehmigt.

zu 14 Verschiedenes

14.1 Corona-Krise Informationen

In Sachen Corona-Krise erläutert der Vorsitzende, dass sich die Gemeinde Karlsbad immer an die jeweilige aktuelle Landesverordnung gehalten habe. Man wollte keine weiteren Restriktionen schaffen. Er bedankte sich ausdrücklich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Karlsbad. Es kamen viele neue Herausforderungen und Anfragen auf die Verwaltung zu, man sei damit sehr gut umgegangen. Die Verwaltung habe zu jeder Zeit gut aufrechterhalten werden können, da es keine Corona-Fälle in den Reihen der Beschäftigten gab. Timm bedankte sich darüber hinaus bei den Karlsbaderinnen und Karlsbadern. Die meisten hätten sich immer sehr besonnen verhalten. Es gebe einen andauernden Kontakt zu Ärzten und Krankenhaus. Das Krankenhaus habe sich sehr gut organisiert. Die Hälfte des Klinikums wurde organisatorisch für Corona-Fälle umgestellt. Ein gutes Netzwerk zur Nachbarschaftshilfe habe sich entwickelt. Er dankte insbesondere den Kirchen, Pfadfindern und den hilfsbereiten Nachbarn im Allgemeinen. Die Verwaltung halte seit jeher auch einen engen Kontakt zur Wirtschaft. Über die zuständigen Mitarbeiter wird versucht, zu unterstützen wo es geht. Insgesamt strebe man bei der Gemeinde Karlsbad an, Änderungen schnellstmöglich umzusetzen. Er bat um Verständnis dafür, dass solche Maßnahmen in ihrer Umsetzung mal einen Tag länger dauern würden.

14.2 Rückhaltebecken in Karlsbad-Mutschelbach

Der Vorsitzende informiert ferner, dass die wasserrechtliche Erlaubnis für die zwei Rückhaltebecken in Karlsbad-Mutschelbach erteilt sei.

14.3 Förderprogramm Radwege

Beim Förderprogramm des Landes zur Fuß- und Radwegeninfrastruktur seien die beantragten Fahrradabstellmöglichkeiten aufgenommen worden. Zwei Maßnahmen (Fußweg K 4575 und Ausbau Radwegstrecke Obermutschelbach-Langensteinbach) seien abgelehnt worden.

14.4 Altpapiersammlungen

Der VfR Ittersbach habe mitgeteilt, dass er Altpapier in einer abgewandelten Form, die der CoronaVO entspreche sammle, bzw. das die Bürger das Altpapier direkt an die Container anliefern könnten.

zu 15 Fragen der Zuhörer

Keine.

gez. Jens Timm
Vorsitzender

gez. Hans-Dieter Stößer
Protokollführer/in

Gemeinderat Jürgen Herrmann
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Roland Rädle
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson